Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Ewald Schulze in Halle.
(Fernsprecherbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc.
Anschluß-Nr. 176.)

Saale-Zeitung.

Zweiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 113. Halle a. d. Saale, Mittwoch den 9. März **1898.**

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 8. März. Kaiser Wilhelms I. Todestag, der morgen sich zum zehnten male jährt, gedenken viele heutige Abendblätter in warm und tief empfundenen Artikeln. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt am Schluß ihrer Betrachtung:

„Zehn Jahre sind eine kurze Spanne im Leben eines Volkes. Wenn sich jedoch der Vaterlandsfreund heute die Frage vorlegt, ob wir dem ruhmreichen Vorbilde nachstreben, das Wilhelm I. uns allen in treuester Erfüllung schwerer Pflicht gegeben, ob der innere und der äußere Frieden unserem Lande und unserem Volke bewahrt blieben, so dürfen wir mit stolzer Zuversicht darauf hinweisen, daß der Enkel des ruhmreichsten preußischen Königs in der ganzen gesitteten Welt als Hort und Schutz des Friedens geehrt wird, und daß, trotz mancherlei Irrungen, gerade jetzt wieder Beweise vorliegen, wie im großen Moment unser Volk einig und geschlossen sich um seine Fürsten und ihre Regierung schaart."

Der „Budapest. Hirlap" giebt ein Gespräch wieder, das vor einigen Jahren König Albert von Sachsen mit einem anderen nicht genannten deutschen Fürsten gehabt haben soll. Es ist bekannt, schreibt das citirte Blatt, daß Kaiser Wilhelm II. und König Albert von Sachsen in einem außerordentlich herzlichen Verhältniß zu einander stehen. Vor einigen Jahren, als Kaiser Wilhelm noch nicht lange seine Regierung angetreten hatte, interessirte natürlicherweise die Individualität des jungen Kaisers alle deutschen Fürsten. In intimen Gesprächen bildete demgemäß vornehmlich die Persönlichkeit des jungen Kaisers den Gesprächsstoff. Einem deutschen Fürsten gegenüber äußerte sich König Albert von Sachsen angeblich über die Persönlichkeit des Kaisers ungefähr folgendermaßen: „Wenn ich selbst einmal auf den Kaiser Ursache hätte, böse zu sein, so würde eine Viertelstunde des Alleinseins mit ihm mich vollkommen mit ihm aussöhnen. Seine Liebenswürdigkeit und der Zauber seiner Persönlichkeit üben einen solchen Eindruck auf den Menschen! Er ist freilich noch sehr jung und hat also manchmal das erste Wort. Da er die feste Absicht hat, ein Herrscher zu werden, so wird er bald einsehen, daß es für einen solchen Herrscher, wie er sein will, viel besser ist, das letzte und nicht das erste Wort zu haben."

Der Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Lehmann, hat an den Kaiser am 8. März folgendes Telegramm gerichtet:

„Zu dem schönen Erfolge, mit welchem Euerer Majestät weitblickende Politik im fernen Asien neuerdings gekrönt worden, bittet der Senat von Hamburg seine freudigen Glückwünsche dankend darbringen zu dürfen."

Der Kaiser hat darauf sogleich telegraphisch wie folgt geantwortet:

„Dem Senat danke Ich verbindlichst für seine Glückwünsche. Zu der bewährten Tüchtigkeit von Hamburgs Kaufmannschaft hege Ich das Vertrauen, daß auch sie an ihrem Theile Mir helfen wird, die neuen Errungenschaften nutzbar zu machen zum Heile des deutschen Vaterlandes."

Ueber die gestern aus Berlin gemeldeten angeblichen Veränderungen im diplomatischen Dienst hat die „Post" Erkundigungen eingezogen. Diese haben aber keinen Anhalt dafür ergeben, daß Personalwechsel auf den genannten Botschafterposten bevorstehen.

Seit gestern weilt der kaiserl. Statthalter Fürst zu Hohenlohe-Langenburg in Metz.

Wie die „Germania" erfährt, trat Kardinal Kopp gestern eine 14tägige Reise nach Rom an.

Parlamentarische Briefe.

≈ Aus **Berlin**, 8. März, schreibt man uns: In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde die Postvorlage nach noch zweistündiger Debatte an eine vierzehngliedrige Kommission verwiesen. Es sprachen Dr. Marcour vom Centrum, Lenzmann in einer scharfen, die Bedenken gegen Artikel 2 gut zusammenfassenden Rede, Dr. Förster und Wurm. Herr v. Stumm hatte als einziger Abgeordneter den Geschmack, den die Privatposten zügelnden Artikel 2 dem aller Welt besser erscheinenden Artikel 1 vorzuziehen und dies damit zu begründen, daß die Großstädte schon genug Vorzüge hätten. Er rückte außerdem die „Interessen der Allgemeinheit" sehr stark in den Vordergrund, so daß Herr Lenzmann in einer zweiten Rede Veranlassung nehmen konnte, Herrn v. Stumm und seine Freunde gerade als die Vertreter der krassesten Interessenwirthschaft zu kennzeichnen. — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, der Gesetzentwurf über die freiwillige Gerichtsbarkeit, wäre jedenfalls wie in der zweiten Lesung ohne Debatte erledigt worden, wenn nicht unterdessen — Herr Stadthagen wieder aus dem Gefängniß zurückgekehrt wäre. Er hatte sofort einen Haufen Anträge und eine große Rede bei der Hand. Dann beschwerten sich noch einige Polen über die Mißachtung der polnischen Sprache vor Gericht, worauf die Generaldebatte geschlossen und vor Eintritt in die Spezialdiskussion die Sitzung vertagt wurde.

Das Abgeordnetenhaus mußte noch eine weitere Kulturkampf-Debatte über sich ergehen lassen, ehe es dem Minister sein Gehalt zu bewilligen in der Lage war. Den ewigen Centrumsklagen, die durch Wiederholung nicht schmackhafter werden, traten v. Eynern und Friedberg mit Lanne und Geschick entgegen. Zwischen hinein spielte noch eine kleine Dänen-Debatte.

Die ostasiatische Frage.

Durch Kabinetsordre vom 7. d. M. ist der Kapitän zur See Rosendahl unter Belassung in der Stellung als Befehlshaber an Land über die deutschen Streitkräfte in Kiautschau und unter Verleihung des Titels „Gouverneur" an die Spitze der Militär- und Civilverwaltung im Kiautschau-Gebiet gestellt.

Die zur 2. Division des Kreuzergeschwaders gehörenden Schiffe „Deutschland" und „Gefion" sind gestern in Hongkong eingetroffen. Prinz Heinrich von Preußen nahm für gestern abend eine Einladung des deutschen Konsuls und für heute abend eine solche des stellvertretenden Gouverneurs zum Diner an. Heute wird auch ein Empfang der deutschen Kolonie im deutschen Klub stattfinden.

Die definitive Unterzeichnung des Dokuments betreffend den Pachtvertrag mit Kiautschau und die seither von Deutschland erlangten weiteren Konzessionen soll Ende März, so berichtet man weiter, während der Anwesenheit des Prinzen Heinrich in Peking stattfinden. Derselben soll eine besondere Ceremonie im Gebäude des auswärtigen Ministeriums vorausgehen, an der sich die fünf Mitglieder des großen Rathes, sowie der Tsungli-Jamen in corpore betheiligen werden. Li-Hung-Tschang, Tschan-Yin-Huan und Prinz King, der Oheim des Kaisers, werden bei dieser Gelegenheit dem Prinzen Heinrich gegenüber, der in Begleitung des Vicekönigs von Nanking und des Gouverneurs von Kiangsu reist, die Honneurs machen. Ueber einen Empfang des Prinzen Heinrich am kaiserlichen Hofe in Peking selbst sind nähere Bestimmungen bisher noch nicht getroffen worden.

Die „Köln. Ztg." schreibt zur Meldung des „Reichsanz." von dem endgiltigen Abschluß der Verhandlungen mit China, diese Nachricht werde in ganz Deutschland und in allen deutschen Kreisen volle Befriedigung hervorrufen. Von nun an sei die Besetzung der Kiautschau-Bucht eine Thatsache, die aus dem Streite der internationalen Gegensätze endgiltig ausgeschieden sei. In letzter Zeit seien noch wiederholt Versuche gemacht worden, die durchweg aufs fremdschaftlichste geführten Verhandlungen zwischen der deutschen und der chinesischen Regierung zu beeinträchtigen, die sich indeß als verlorene Liebesmüh herausgestellt haben. Fortan könne nichts mehr etwas an der Thatsache ändern, daß die reiche entwickelungsfähige Provinz Schantung bestimmt sei, durch deutschen Gewerbefleiß und deutsche Kultur aufgeschlossen zu werden.

Rußland verlangt, wie jetzt aus Peking bestätigt wird, thatsächlich eine Entschließung Chinas betreffs der Pachtung von Port Arthur und Talienwan. Am 5. d. gab das Tsungli-Jamen dem Gesandten Hsü-Ching-Cheng in Petersburg unbeschränkte Vollmacht. Die Verhandlungen werden in Petersburg geführt. Man betrachtet die Angelegenheit als geregelt. — China überreichte Japan eine schriftliche Erklärung, in der es sich zur Zahlung der Kriegsentschädigung im Mai bereit erklärt.

Im englischen Unterhause erklärte gestern auf eine Anfrage der Parlamentsuntersekretär des Aeußeren, Curzon, der Regierung sei bisher nur ein vom 7. d. datirtes Telegramm des englischen Gesandten in Peking zugegangen, welches melde, in Peking heiße es, Rußland habe die Pachtung von Port Arthur und Talienwan unter denselben Bedingungen, unter denen Kiautschau an Deutschland verpachtet sei, sowie die Genehmigung zum Bau der Eisenbahn von Petuna nach Port Arthur verlangt. Curzon fügte hinzu, die Regierung habe darüber bei den englischen Vertretern in Petersburg und Peking telegraphisch angefragt.

Nach einer Depesche des „Reuter'schen Bureaus" aus Jokohama scheint die Verpachtung der Deer-Insel an Rußland durch den koreanischen Minister des Auswärtigen der Grund der Zwistigkeiten im koreanischen Kabinet zu sein. Die Depesche will wissen, daß das koreanische Kabinet die Versetzung des Ministers des Auswärtigen in den Anklagezustand verlange.

Parlamentarisches.

* Die Budgetkommission des Reichstages trat gestern in die Berathung des Marineetats ein. Auf Antrag des Referenten wurden, wie schon telegraphisch erwähnt, sämmtliche für das kommende Etatsjahr geforderten Kriegsschiffsbauten mit allen gegen eine Stimme bewilligt; nur der Sozialdemokrat Meister stimmte dagegen. Bei den bereits im Bau befindlichen Schiffen gaben die Vertreter der Regierung auf Wunsch Auskunft über den Stand der einzelnen Baufonds bezw. die hierbei während des Baues hervorgetretenen Verschiedenheiten. Bei den Neubauten wurde Aufklärung über die technischen und artilleristischen Einzelheiten der neuen Schiffe gefordert und gegeben. Die Abgg. Richter und v. Jazdzewski hielten es für geboten, zu erklären, daß aus ihrer Zustimmung zu den Forderungen des Etats keine Folgerungen für das Flottengesetz zu ziehen seien, doch gaben die übrigen Mitglieder der Kommission diesem Vorbehalte keine Folge. — Die „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt hierzu:

„Wenn auch aus dieser Abstimmung keine Schlüsse auf das endgiltige Schicksal des Flottengesetzes gezogen werden dürfen, so ist sie doch insofern bedeutsam, als daraus hervorgeht, daß die Anforderungen des Gesetzes von der Kommission in materieller Hinsicht als maßgebend angesehen wurden."

* In der Fraktionssitzung, die das Centrum am Montag abend abhielt und in der die Flottenvorlage berathen wurde, ging es, wie in parlamentarischen Kreisen nach einer Version verlautet, sehr lebhaft zu. Die bayerischen Mitglieder des Centrums hätten den heftigsten Widerstand gegen die bisher von Dr. Lieber geführte Politik geleistet. Einige bayerische Mitglieder sollen sogar sehr stürmisch ihre Abneigung gegen diese regierungsfremdliche Aktion zum Ausdruck gebracht haben. Dr. Lieber, der schon eine ganze Zeit hindurch mit parlamentarischen Arbeiten schwer überlastet ist und bekanntlich an einem Magenübel laborirt, hätte die Fraktionssitzung vor Abschluß derselben verlassen müssen. Man kam bei der Berathung nicht über die Generaldebatte hinaus. Es scheine nach dem bisherigen Verlauf bereits festzustehen, daß die bayerischen Abgeordneten keinesfalls für die Marinevorlage zu haben sein werden. Dies diene für die Abstimmung im Plenum nicht sonderlich ins Gewicht, indeß wisse man, daß das Centrum es liebt, bei solchen ernsten Fragen geschlossen aufzutreten, und darin liege immerhin eine Gefahr für das Zustandekommen der Marinevorlage. In parlamentarischen Kreisen jedoch gebe man sich immer noch der Hoffnung hin, daß, da die Dinge nun einmal so weit gediehen sind, die Marinevorlage doch schließlich mit Hilfe des Centrums durchgesetzt werden dürfte. — Dagegen wird auf anderer Seite versichert — und wir haben Grund, diese Version für zutreffender zu halten —, daß die Sitzung durchaus friedlich verlaufen sei. Von dem Austritt süddeutscher Mitglieder aus der Fraktion sei keine Rede. Bestimmte Beschlüsse wurden in Bezug auf die Flottenvorlage noch nicht gefaßt. Doch werde allseitig das Zustandekommen des Gesetzes gewünscht und man sei überzeugt, daß es demnächst zu einer Verständigung kommen werde. — Gestern abend fand bereits wieder eine Fraktionssitzung statt. Viele sonst fast nie erscheinende bayrische Abgeordnete sah man auch im gestrigen Plenum.

* In der Reichstagskommission für die Militärstrafgerichtsordnung wurden gestern die von den Abgg. de Witt und Dr. Görtz verfaßten Berichte über diesen Entwurf, das dazu gehörige Einführungsgesetz und das Disciplinargesetz verlesen und nach unwesentlichen Korrekturen genehmigt. Der Druck des sehr umfangreichen Berichts ist soweit gefördert, daß dessen Vertheilung bereits Mittwoch abend erfolgen kann. Die zweite Berathung im Plenum ist noch für diese Woche in Aussicht genommen.

* Der milde Winter ist für die Bauthätigkeit insofern günstig gewesen, als die Bauten im Aeußeren sehr haben gefördert werden können. Dagegen hat der innere Ausbau unter der fortdauernd feuchten Witterung Verzögerung erlitten. Dieser Nachtheil hat sich namentlich bei dem neuen Abgeordnetenhause fühlbar gemacht. Es ist nicht möglich gewesen, bei Anwendung aller Mittel die dicken Mauern so auszutrocknen, daß die Holzbekleidungen haben angebracht werden können. Unter diesen Umständen ist schon jetzt davon abgesehen worden, das neue Haus in dieser Session zu beziehen, und beschlossen, den Umzug erst im Sommer stattfinden zu lassen.

Karlsruhe, 8. März. Die nationalliberale Partei brachte in der Verfassungskommission der zweiten Kammer den Antrag ein, für die Wahlen der Abgeordneten der Städte und Aemter zur zweiten Kammer statt der indirekten Wahlen die direkten einzuführen und außerdem elf Abgeordnete durch die Kreisversammlungen der elf Kreise wählen zu lassen. Für die Wahl der Abgeordneten der Städte und Aemter soll die relative Mehrheit entscheidend sein. Die Städte, die mehrere Abgeordnete zu wählen haben, sollen in Distrikte eingetheilt werden, in denen je ein Abgeordneter gewählt wird. Das Plenum wird morgen über die Wahlrechtsanträge sämmtlicher Parteien die Berathung eröffnen.

Parteinachrichten.

* Der Centralvorstand und die vereinigten Fraktionen der nationalliberalen Partei des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses haben in gemeinschaftlicher Sitzung am 7. März beschlossen, folgende Erklärung zu erlassen:

Wir wollen die Politik der wirthschaftlichen Sammlung, welche zum Schutze der nationalen Arbeit die Interessen von Landwirthschaft, Industrie, Handel und Gewerbe zu vereinigen, und die mittlere, ihnen gemeinsam förderliche Linie zu finden sich bemüht, auf das Wärmste unterstützen, können aber darüber die Selbstständigkeit unserer Partei, sowie die nationalen, idealen und liberalen Anschauungen, aus denen unsere Partei erwachsen ist, nicht in den Hintergrund drängen lassen.

Wir erblicken in dem „Wirthschaftlichen Aufrufe" einen werthvollen Schritt zur Herbeiführung einer Einigung der verschiedenen Interessen in betreff der Handelsverträge. Auch wir sind der Ueberzeugung, daß bei dem Abschlusse künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirthschaft besser gewahrt werden müssen als bisher, müssen aber andererseits auch fordern, daß den Bedürfnissen der Industrie und des Handels nach Handelsverträgen mit längerer Geltungsdauer Rechnung getragen wird.

Nur auf diesem Boden halten wir die Politik der wirthschaftlichen Sammlung für möglich und ersprießlich. Die Auslegung, welche dem Aufrufe in anderem Sinne gegeben werden kann und bereits gegeben worden ist, nöthigt uns, die unserige hierdurch festzustellen. Wir wissen uns in dieser Auffassung der Politik der Sammlung und der mit derselben zu verfolgenden Zwecke einig mit denjenigen unserer Freunde, welche den Aufruf unterzeichnen.

Die „Natlib. Korr." kann dieser Veröffentlichung hinzufügen, daß die Erklärung sowohl am Sonntag abend vom Centralvorstand als am Montag abend von den Vorständen der Reichstags- und Landtags-Fraktion einstimmig, demnächst auch von den vereinigten Fraktionen, die sehr zahlreich versammelt waren, nahezu einstimmig beschlossen worden ist.

* Sehr bezeichnend waren am Sonntag auf dem in Magdeburg abgehaltenen Parteitag des Bundes der Landwirthe die Mittheilungen über die Stellung des Bundes zu den Wahlkandidaten:

Im 1. anhaltischen Wahlkreis will man für den bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Friedberg von vornherein stimmen; im 2. anhaltischen Wahlkreis hält der Bund den Abg. Nöricke dem Sozialdemokraten gegenüber in der Stichwahl für das größere Uebel; im Wahlkreise Salzwedel-Gardelegen wird der Konservative v. Kröcher, in Osterburg-Stendal Herr Hinburg, in Jerichow I und II Graf Herbert Bismarck unterstützt werden. Im Wahlkreise Wanzleben ist man noch nicht schlüssig, da Herr v. Benda des hohen Alters wegen eine Kandidatur nicht wieder annimmt. Eine lebhafte Besprechung ruft die Kandidatur Plackes im Wahlkreise Kalbe-Aschersleben hervor. Von antisemitischer Seite wird die Kandidatur Bindewald zur Unterstützung empfohlen. Die Entscheidung soll den Vertrauensmännern des Bundes im Wahlkreise überlassen bleiben, die sich nach Meinung verschiedener Redner wohl für Bindewald erklären werden. Im Wahlkreise Aschersleben-Halberstadt ist man mit den Vorbereitungen noch nicht fertig; man würde eventuell für den Nationalliberalen Rimpau eintreten; im Wahlkreise

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980309016/fragment/page=0001

Neuhaldensleben-Wolmirstedt tritt der Bund für die Kandidatur Hosang ein. Von einer Seite wurde bezüglich des Magdeburger Wahlkreises auch die Kandidatur Zuschwerdts angegriffen.

In einer längeren Rede hatte zuvor Herr v. Plötz, der „wegen Krankheit" an den Verhandlungen im Abgeordnetenhause über die Politik der Sammlung nicht theilnehmen konnte, zu dem Aufruf Graf Schwerin-Popelius Stellung genommen. Der Vorsitzende des Bundes erklärte folgendes:

„Ein kürzlich erlassener Aufruf bezwecke, die Landwirthschaft und die Industrie zu gemeinsamer Wirthschaftspolitik zu vereinigen, trotzdem werde der Bund seine Forderungen voll aufrecht erhalten. Der Aufruf solle aber nicht als Programm für die Wahlen gelten (wozu denn sonst?); dazu sei er zu verwässert, zu unklar, da müßten noch andere Forderungen aufgestellt werden."

Als Forderungen, welche der Bund den aufzustellenden Kandidaten vorlegen müsse, bezeichnete Herr v. Plötz u. a.: Ermäßigung der Zuckerverbrauchssteuer, Bau von Kleinbahnen und kleineren Kanälen für den Innenverkehr, aber durchaus nicht große Kanäle, die die Landwirthschaft schädigen, nur dem Handel und der Industrie Vortheil bringen, und die Einführung des „germanischen Rechts," d. h. des Anerbenrechts! — Wenn die Herren Möller, Bueck und Gen. sich gleichwohl durch den Sammlungsaufruf die Hände binden lassen, so können sie auf Gegenleistungen des Bundes der Landwirthe nicht rechnen.

* Die Richtigstellung einer eminent wichtigen Nachricht erfolgt durch die „Post" dahingehend:

„Die in der Presse auftretende Behauptung, daß Fürst Bismarck in dem Wahlaufrufe zur Sammlung das Wort „Wahl" gestrichen habe, beruht auf freier Erfindung. Fürst Bismarck hat in dem Entwurf zwar ein Wort gestrichen, aber nicht das Wort „Wahl," sondern das Wort „Berlin" in der Unterschrift. Mit jener Behauptung fallen auch alle Schlußfolgerungen zusammen, welche an diese in der Presse geknüpft sind."

Nun athmet man ordentlich erleichtert wieder auf! — Indessen behauptet die „Natl. Korr.," daß in demjenigen Formular, von dem sie gesprochen, Fürst Bismarck das Wort „Wahl" gestrichen habe. Dann fährt sie fort:

„Im übrigen ist die Kontroverse gegenstandlos, da inzwischen aus dem „wirthschaftlichen Wahlaufruf" ein einfacher Aufruf geworden ist und von berufener Seite in kürzester Frist das Nöthige dazu gesagt werden wird."

* In Langensalza stellte eine Versammlung von Vertrauensmännern der konservativen Parteien aus den vier zum Wahlkreise Mühlhausen gehörenden Kreisen Oekonomierath Wagner-Ingeleben als Reichstagskandidat auf, nachdem der Reichstagsabgeordnete Klemm-Freienbessingen bestimmt eine Wiederwahl abgelehnt hat.

* Dem früheren antisemitischen Reichstags-Abgeordneten Leuß, der seine Zuchthausstrafe in einigen Wochen abgebüßt haben wird, ist vom Justizminister eine Unterbrechung der Strafabbüßung von zehn Tagen bewilligt worden, damit er sich an das Krankenlager seines von einer Lungenentzündung befallenen Vaters begeben konnte.

Volkswirthschaftliches.

* Der westfälische Provinzial-Landtag bewilligte die verlangten 17 Proz. der Gesammtgarantie für den Mittellandkanal fast einstimmig unter der Voraussetzung, daß die Stadt Minden die Hälfte übernimmt.

* Die keramische Fachschule in Bunzlau, die einzige in Deutschland, ist gestern seitens der Stadt an die Staatsregierung übergeben worden, die durch den Geh. Oberregierungsrath Lüders-Berlin vertreten war.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 8. März, 2 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrathstisch: Staatssekretär v. Podbielski.

Der Reichstag tritt dem Bundesrathsbeschluß über die Kugelschrotmühlen in erster und zweiter Lesung ohne Debatte bei.

Sodann wird die Berathung des Posttaxgesetzes fortgesetzt.

Abg. **Marcour** (Ctr.): Mit der Herabsetzung des Portos und der Zusammenlegung einzelner Bezirke sei er einverstanden, doch bitte er hierbei das platte Land mehr zu berücksichtigen. Der Betrag für Postanweisungen sollte bis zur Höhe von 10 M. nur 10 Pf. ausmachen, dies würde wirthschaftlich von hoher Bedeutung sein. Hoffentlich werde in der Kommission auch die Frage des Postzeitungstarifs ventilirt.

Abg. **Lenzmann** (freis. Vg.) spricht sich in gleichem Sinne aus wie gestern Abg. Fischbeck und hält den Artikel 2 für unannehmbar. Mit diesem Artikel machen wir einen bedeutenden Schritt rückwärts gegen das geltende Postgesetz. Die Ausdehnung des Postregals sei durch nichts gerechtfertigt, auf diesem Wege der Staatsmonopole komme man schließlich zum sozialistischen Zukunftsstaate. Auch Herr v. Miquel habe sich als Abgeordneter gegen die Erweiterung des Postregals ausgesprochen, als Finanzminister werde er jetzt wohl anders denken. Warum wolle man die Konkurrenz der Reichspost beseitigen? Auch die Reichspost sei nicht ohne Fehler. Der Polizei sei sie unter dem Sozialistengesetz sehr weit entgegengekommen. Die Entschädigungsfrage sei außerordentlich schwer zu lösen.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Die Angestellten der Privatbeförderungsanstalten sehen in ihrer Thätigkeit keine dauernde, sondern eine vorübergehende. Er habe gestern kein Wort gegen die Privatanstalten gesagt, aber es sei doch eine Art Vertrauensbruch, wenn Anstalten, die sich nicht halten konnten, tausende von Briefen einfach verbrannten. Die verkauften Werthzeichen seien dann werthlos.

Abg. **Forster** (antis.): Ueber Artikel 1 sei nichts weiter zu sagen, über Artikel 2 werde in der Kommission nur schwer eine Einigung zu erzielen sein. Eine weitere Ermäßigung des Stadtportos sei anzustreben. Daß die Privatpost im gewissen Sinne die Post des armen Mannes sei, sei richtig. Er für seine Person trete aber doch für ein volles Postmonopol des Staates ein, wie es auch andere Länder haben. Die Reichspostverwaltung wolle man den Idealismus für ihr Vorgehen anspielen, sie sei aber ebenso ein Erwerbsinstitut wie jedes andere. Für die Beamten der Privatanstalten müsse auf alle Fälle gesorgt werden, wie auch die Entschädigung gestaltet werde.

Geh. Oberpostrath **Dambach**: Er wolle nur die Reichspostverwaltung gegen einige Angriffe der Abgg. Lenzmann und Barth schützen. Es könnte somit scheinen, als habe sie auf juristischem Gebiete eine große Ignoranz. Es sei eine einfache privatrechtliche Frage, ob die Gesellschaften einen Anspruch auf Entschädigung hätten. Nach Ansicht des vom Herrn Staatssekretär verlesenen Rechtsgutachtens haben die Gesellschaften keinen Anspruch auf Entschädigung, es könne eine solche vielmehr nur aus Billigkeitsgründen in Betracht kommen. Die Beförderung von Briefen durch expresse Boten seitens der Vereine würde durch das Gesetz nicht unmöglich gemacht.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.) polemisirt gegen den Abg. Lenzmann. Herr v. Miquel habe eben aus der Praxis gelernt, während die Freisinnigen nichts lernen und immer auf demselben Standpunkt stehen bleiben und „Nein" sagen wie vor 30 Jahren. Den Artikel 1 ohne den Artikel 2 anzunehmen, sei nicht möglich. Die Privatbeförderungsanstalten beanspruchen nur Rechte in der Briefbestellung, ohne alle Pflichten zu erfüllen, sie tragen durch Bevorzugung der großen Städte auch dazu bei, das platte Land zu benachtheiligen. Der Artikel 2 sei ihm wichtiger als der Artikel 1, der letztere könne eher fallen als der erstere. Die Ausdehnung des Postregals habe mit dem sozialistischen Staate nichts zu thun.

Geh. Oberpostrath **Dambach** giebt noch einige Erläuterungen über die Benutzung expresser Boten.

Abg. **Wurm** (Soz.): Den Privatpostanstalten dürfe nur der wirkliche Schaden ersetzt werden, den sie an Material ꝛc. erlitten, dagegen müßte für die Angestellten in umfassender Weise Fürsorge getroffen werden. Der Herr Staatssekretär sage, er werde ebenso für das Briefgeheimniß sorgen, wie sein Herr Vorgänger von Stephan. Unter Herrn von Stephan sei aber das Briefgeheimniß direkt verletzt worden, wie in einem Prozeß im Jahre 1873 festgestellt worden sei. Redner verbreitet sich dann noch in längerer Weise über das Briefgeheimniß.

Abg. **Lenzmann** erwidert nochmals auf Herrn Oberpostrath Dambach hinsichtlich der Entschädigungsansprüche. Herr von Stumm habe kein Recht, ihm und der freisinnigen Partei Vorwürfe zu machen.

Staatssekretär **von Podbielski**: Welche Erklärung er auch bezüglich des Briefgeheimnisses abgebe, sie werde bei der sozialdemokratischen Partei Mißtrauen begegnen. Es sei seine Pflicht gewesen, auch Herrn von Stephan als Schützer des Briefgeheimnisses hinzustellen. Die Post habe Briefe lediglich auf Anordnung der Richter und Staatsanwälte auszuliefern.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, welches in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen war.

Hierzu haben heute die sozialdemokratischen Abgg. Auer, Stadthagen u. Gen. eine große Anzahl von Abänderungsanträgen gestellt.

Abg. **Stadthagen** begründet den ersten derselben, bleibt bei der Unruhe des Hauses aber fast unverständlich.

Zum § 156, welcher einige Bestimmungen über das Vereinswesen enthält, beantragen die Abgg. Auer u. Gen. die Aufhebung des Koalitionsverbots anzufügen.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden und desgl. mit einem weiteren sozialdemokratischen Antrage betr. die Sprache vor Gericht. Das polnische Volk werde unerhört vor Gericht behandelt.

Abg. **Wellstein** (Ctr.): Wenn die sozialdemokratischen Anträge schon zur zweiten Lesung gestellt wären, würde sich schon ergeben haben, daß sie auf keine Majorität zu rechnen hätten. Er fordere das hohe Haus auf, es bei den Beschlüssen zweiter Lesung zu lassen.

Geh. Oberjustizrath **Künzel** geht auf einige vom Abg. v. Czarlinski vorgebrachten Fälle ein betr. Anwendung der deutschen und der polnischen Sprache vor Gericht.

Abg. **Szmula** (Ctr.): Er könne nur die Wahrheit der Ausführungen des Abg. v. Czarlinski auf Grund seiner Erfahrungen in Oberschlesien bestätigen.

Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen und die weitere Berathung vertagt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens, Anträge Schneider, Dr. Lieber betr. die Berufsvereine.

Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 8. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Bosse u. a.

Eingegangen: Nachtragsetat betreffend Einrichtung gemeinschaftlicher Schwurgerichte in Gera und Meiningen. — Antrag Möller (nl.) u. Gen. auf Ausdehnung der Gehaltsaufbesserung auf die Lehrer der vom Staate und anderen gemeinsam zu unterhaltenden Lehranstalten.

Die zweite Berathung des Kultusetats wird fortgesetzt bei dem Ausgaben Titel: „Gehalt des Ministers."

Abg. **Boettinger** (nl.): Die Chemie ist in Deutschland eine der Wissenschaften, die seit Jahrhunderten eine hervorragende Förderung erfahren hat. Bei uns ist infolgedessen die Chemie am entwickelsten. Wir haben kein Ministerium und Reichsamt, in dem nicht die Chemie vertreten ist. Man sieht, wie nothwendig die Chemiker im Staatswesen sind. Man sollte nun auch dafür sorgen, daß dort nur Kräfte ersten Ranges zur Verwendung kommen. Es giebt ja nur relativ wenig Chemiker und darum treten sie nicht für jeden so in den Vordergrund. Sie gleichen dem Veilchen, das im Verborgenen blüht. Vor allem möchte ich wünschen, daß diese für den Staat und die Industrie so wichtigen Personen eine noch bessere Vorbildung erhalten. Dazu müssen in erster Linie genügende Lehrkräfte angestellt werden. Jetzt werden die Chemiker meist nur von Assistenten unterrichtet. Es empfiehlt sich, Ordinarprofessoren für chemische Technologie anzustellen.

Minister Dr. **Bosse**: Die Unterrichtsverwaltung ist sehr dankbar, daß die Interessen der chemischen Wissenschaft hier in dieser Weise behandelt werden. Wir sind bestrebt, den Bedürfnissen der Industrie an dieser Wissenschaft durchaus Rechnung zu tragen; was das Examen anlangt, so sind wir von hervorragenden Männern darum gebeten, keinen Examenszwang einzuführen, denn die Leute sind froh, daß es überhaupt noch ein Gebiet giebt, in dem man ohne Ablegung eines Examens thätig sein kann. Ich lasse die Examensfrage hier dahingestellt. Wir thun nach jeder Richtung alles, um der chemischen Wissenschaft ihren Glanz zu erhalten. Unser elektrisch-chemisches Institut zu Göttingen steht einzig in der Welt da, nicht minder unser elektrolytisches Laboratorium in Aachen. Wir werden fortfahren, unser ganzes Interesse der Chemie zuzuwenden.

Abg. Dr. **Dittrich** (Ctr.): Herr Sattler hat Leo XIII. der Unduldsamkeit bezichtigt. Ja, wir haben eine Unduldsamkeit, die wir nicht ablegen wollen. Das ist die Unduldsamkeit gegen alles, was wir als religiösen Irrthum erkennen. Aber gegen Personen sind wir immer duldsam gewesen. Wir haben immer eine versöhnliche Stellung gegen Andersgläubige eingenommen. Die neulichen Ausführungen des Abg. Stöcker haben mich sehr sympathisch berührt. Daß es Aufgabe des Staates ist, den konfessionellen Frieden aufrecht zu erhalten, erkenne auch ich als richtig an, aber der Staat handelt nicht immer danach. In Westpreußen z. B. gestatten die Behörden die Abhaltung von Märkten an katholischen Feiertagen, was bei den vielen Katholiken dort Aergernis erregen muß.

Abg. **v. Eynern** (natl.): Wir erkennen alle religiösen Anschauungen als berechtigt an, ob wir sie als gleich richtig wie die unserigen ansehen, das ist eine andere Sache. (Unruhe im Centrum.) Die Agitation des Centrums steht der der Sozialdemokratie in nichts nach, der Ton in der kleinen Centrumspresse ist der gleiche wie in den sozialdemokratischen Blättern. Wir Nationalliberalen stehen auf dem Standpunkt, daß wir bei einer Stichwahl zwischen Centrum und Sozialdemokraten stets auf die Seite des Centrums treten werden. Ob das Centrum gleichermaßen verfahren wird, ist mindestens zweifelhaft. Die Paritätsklagen der Herren vom Centrum fallen insofe davon in sich zusammen, als nach den Statistiken und den eigenen Zugeständnissen der Centrumspresse das Personenmaterial katholischer Konfession in stetigem Rückgang begriffen ist. Es ist daher gar nicht mehr möglich, die Stellen im Staatsdienste in gleichem Verhältniß mit Katholiken und Protestanten zu besetzen. Die Wiedereinrichtung der katholischen Abtheilung des Kultusministeriums mit den Herren Abgg. Dasbach und Fuchs als vortragenden Räthen (große Heiterkeit) wäre eine große Niederlage und Deklassirung des Staatsgedankens. Was die Ordensfrage anbetrifft und speziell die Zurückberufung der Redemptoristen, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß die letzteren aus bestkatholischen Ländern wie Bayern und Frankreich schon vor längerer Zeit ausgewiesen worden sind. Wenn wir den Orden die gewünschte freie Bewegung gestatten wollten, so würden wir bald zu Zuständen gerathen, wie sie zur Zeit in Belgien herrschen. Dort kommt auf 200 Einwohner schon eine klösterliche Person. Die große Entwicklung des Ordenswesens drückt schwer auf die ganze materielle Entwicklung Belgiens. (Widerspruch im Centrum.)

Abg. **Johannsen** (Däne) wünscht eine Beseitigung der Ungleichheiten in Bezug auf das Ende der Schulpflicht in Schleswig. Jetzt werde das Ende der Schulpflicht sogar von dem Zeitpunkte der Konfirmation abhängig gemacht, die bei Jungen mit dem 16., bei Mädchen mit dem 14. Jahre eintrete. Den Minister bitte er zu sagen, wie weit er mit einer gesetzlichen Regelung der Schulpflicht gekommen sei.

Minister Dr. **Bosse** erwidert, die Bevölkerung in Schleswig sei mit dem gegenwärtigen Zustand durchaus zufrieden, nur die Leute, die für die dänische Agitation thätig seien, suchten die Zustände dort zu benutzen, um Unzufriedenheit in Nord-Schleswig hervorzurufen. Er könne nicht in Aussicht stellen, für Schleswig ein Gesetz betreffend die Schulpflicht einzubringen.

Abg. **Jürgensen** (nl.) hält ein solches Gesetz ebenfalls nicht für ein dringendes Bedürfniß.

Abg. Dr. **Porsch** (Ctr.) polemisirt gegen die Ausführungen des Abg. v. Eynern. Redner bemerkt, er habe keineswegs als Vorbedingung für das Centrum, am Kampf gegen den Unsturz theilzunehmen, die Beseitigung aller Kulturkampfgesetze verlangt. Er habe nur gemeint, daß die Kirche, je freier sie sei, auch um so kraftvoller in diesem Kampfe sein könne. Die Kirche sei nicht identisch mit der kleinen Centrumspresse und den Wahlreden, die Herr von Eynern zu meinen scheine. Wenn sie dies Jahr keine Paritätsklagen vorgebracht hat, so sei das nur ein Beweis dafür, daß sie nicht jedes Jahr ihr volles Material vorbringen wollten. Auf die Parität würde er hier noch bei gelegener Zeit zurückkommen. Erwähnen wolle er nur, daß Herr v. Hertling, nachdem er lange Zeit Privatdozent gewesen sei, in Preußen nicht habe Professor werden können. Er sei dann aufwärts Professor geworden und jetzt zitire man bei uns dessen Aussprüche als die einer Autorität. Herr v. Eynern habe sicher noch niemals einen Redemptoristen gesehen und könne darüber gar nicht urtheilen. Die Redemptoristen seien durchaus harmlose Leute, und Ordensniederlassungen beförderten nur den konfessionellen Frieden. In anderen Ländern mit überwiegend andersgläubiger Bevölkerung erfreuten sich die Katholiken einer größeren Freiheit als in Preußen.

Abg. **Friedberg** (nl.): Der Papst, der doch auch als Monarch betrachtet sein will, hat sich in seiner Canisius-Encyklika einer Ausdrucksweise befleißigt, die in der evangelischen Bevölkerung mit Recht flammende Entrüstung hervorgerufen hat. An einer solchen hervorragenden Stelle darf man nicht alles sagen, was man denkt, auch wenn man es für richtig hält. Man muß im internationalen Verkehr die Rücksicht wahren, die im diplomatischen Verkehr, den zu unterhalten wir nun einmal gezwungen sind, üblich sind. Es hätte sehr zum konfessionellen Frieden gedient, wenn aus dem Centrum heraus eine Andeutung gemacht wäre, daß man dort das Vorgehen des Papstes mißbilligt. Das Centrum verlangt für die katholische Kirche eine exceptionelle Stellung, die der Staat nicht gewähren kann. So lange das geschieht, kann von einem konfessionellen Frieden keine Rede sein. Mit seinen Paritätsklagen ist dem Centrum offenbar das Pulver ausgegangen. Dagegen haben die Evangelischen Grund genug zur Klage. Man sagt ja schon: Ja, wenn man Katholik ist, dann kommt man schneller fort. (Lachen im Centrum.) An der Akademie in Münster werden mit Vorliebe katholische Professoren angestellt und selbst die Regierung giebt noch so viel auf überlebte Vielitäten, daß sie einen katholischen Professor für Münster i. W. selbst einem tüchtigen evangelischen Professor vorzieht, während doch die dortige Akademie jetzt eine konfessionslose Staatsanstalt ist.

Abg. **Neubauer** (Pole) bestreitet, daß in Posen und Westpreußen Winkelschulen existirten und wiederholt die von seinem Fraktionsgenossen bereits vorgebrachten Klagen über die Unterdrückung der polnischen Schulen. Die polnischen Privatschulen unterständen nicht der Konzessionspflicht. Es sei unrichtig, auf diese Schulen, wie es der Herr Ministerialdirektor gethan habe, den Begriff „gewerbemäßig" anzuwenden. Dem stehe die Rechtsprechung des Reichsgerichts entgegen.

Ministerialdirektor **Kügler** erwidert, bei den polnischen Privatschulen komme es gar nicht darauf an, ob sie gewerbemäßig oder nicht gewerbemäßig betrieben werden.

Abg. Frhr. **v. Plettenberg** (kons.) wendet sich gegen die Angriffe des Abg. Fuchs gegen den Evangelischen Bund, dem derselbe konfessionelle Hetze und Unduldsamkeit vorgeworfen habe. Die Protestanten ständen grundsätzlich auf dem Boden der Duldsamkeit und der Gleichberechtigung, sie beanspruchten aber auch dieselbe Toleranz und Gerechtigkeit von anderer Seite.

Abg. **Hansen** (d. k. P.) beschwert sich darüber, daß in Nordschleswig der dänische Privatunterricht verboten sei.

Kultusminister Dr. **Bosse** erwidert, daß in jedem einzelnen Falle die Frage der Zulassung des dänischen Privatunterrichts geprüft werden würde, weil in den meisten Fällen dieser Unterricht das Gepräge einer deutsch-feindlichen Agitation trage.

Abg. **Hansen** (freis.) billigt die Maßregel der Regierung, die bestimmt sei, dem Frieden in Nordschleswig zu dienen.

Abg. **Fuchs** (Ctr.): Ich fordere Herrn v. Eynern auf, seine Behauptung, daß meine Reden in ihrer agitatorischen Weise den sozialdemokratischen Reden gleichen, zu beweisen. Andererseits erinnere ich ihn daran, daß die Sozialdemokraten viele Sitze den Nationalliberalen verdanken. Ich erinnere ihn an Köln, wo die Nationalliberalen den Sozialdemokraten auf dem Bauche nachgerutscht sind (große Heiterkeit). Er wird wohl das große Fest in der Wiener Lese noch nicht vergessen haben. Die sozialdemokratische Bewegung ist auch nicht so leicht zu unterdrücken. Die Arbeiter müssen besser gestellt werden. Wenn man sich auf ein Ventil mit dem Hinteren setzt (Heiterkeit), so ist die Gefahr doch nicht beseitigt. Die Redemptoristen sind von ganz kritischen Augen beobachtet worden, aber niemand hat bestreiten können, daß sie für Ordnung, Autorität und Mäßigkeit eintreten. Wir wünschen keine exceptionellen Rechte, wir wünschen nur gerechte Behandlung. Noch heute leben Katholiken in der Verbannung. Herr Dr. Friedberg mag uns denjenigen nennen, der noch heute mit dem Märchen von Bischof Melchers hausiren geht. Die Behandlung des Bischof Melchers war in der That unwürdig. (Abg. Dr. Friedberg: Grundfalsch. Der Justizminister hat das schon richtig gestellt!) Herrn v. Plettenberg danke ich für seine heutige Erklärung.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Nach den heutigen Ausführungen des Herrn Fuchs wäre es ein unberechtigter Vorwurf gegen die sozialdemokratischen Agitatoren, wenn ich diese noch mit einander vergleichen wollte. Ein Abgeordneter, der hier im Hause von einer Partei sagt, sie sei „auf dem Bauche nachgerutscht," der hier von einem gewissen Körpertheile spricht — nehmen Sie es mir nicht übel, das thut ein Sozialdemokrat nicht! Das ist Fuchs'sche Art, was ich hiermit konstatiren will. (Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Porsch** (Ctr.) konstatirt den Angriffen auf die Canisius-Bulle gegenüber, daß Spitzen von kirchlichen Korporationen, so wie sie in die Oeffentlichkeit treten, sich keine Reserve auferlegen. Redner führt einige Fälle an, in denen die katholische Kirche beleidigt worden sei. So sei auf einer Generalversammlung des Evangelischen Bundes gesagt worden, der Papismus sei das System unbedingter Gewissenlosigkeit. (Hört! hört! im Centrum.) Bischof Melchers sei in der Liste als Strohflechter geführt worden. Nach den Ausführungen des Justizministers seien in der Rheinlandspresse dessen Behauptungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980309016/fragment/page=0002

beleuchtet worden. Dieses Recht stehe jedem zu. Daß die katholischen Kandidaten bei den Universitäten vorgezogen werden, davon habe er noch nichts gemerkt. Er verlange das auch nicht. Die Katholiken wollten nur parteiliche Behandlung und den Zustand vor Beginn des Kulturkampfes. (Beifall im Centrum.)

Eine Reihe von Rednern, die jetzt aufgerufen werden, sind im Saale nicht anwesend.

Abg. **Johannsen** (Däne) polemisirt gegen den Abg. Hansen. Die dänische Bevölkerung bleibe, was sie gewesen sei. Die Unzufriedenheit in Nordschleswig werde nicht durch die Agitation erregt, sondern durch die Behandlung der Dänen. Zur Liebe könne man niemand zwingen. Wer die Nationalität der Dänen angreife, dürfe sich über die Folgen nicht wundern. Man solle sich nicht auf die Berichte der Germanisatoren verlassen, die alles durch die Brille des Fanatismus ansehen.

Minister Dr. **Bosse**: Die Agitation der Dänen ist nicht so leicht zu nehmen, wie der Vorredner sie darstellt. Der Nordschleswigsche Schulverein, so recht eine Stätte der Agitation, hat in seinem Aufrufe von 1893 es als die Aufgabe in Nordschleswig hingestellt, alles zu thun, um die Muttersprache und den dänischen Geist bei den Kindern und der Jugend zu schützen, damit dereinst ein wohl aufgeklärtes und kräftiges dänisches Geschlecht erwachse. (Hört! Hört!) Die Germanisatoren sind treue preußische Beamte, die dort auf Vorposten stehen in einer gefährlichen Gegend. Daß sie dort ihre Pflicht erfüllen, die Augen aufmachen und uns warnen, dafür wird ihnen das Vaterland nur danken. (Beifall.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. **Friedberg**, Dr. **Porsch**, **Hansen**, **Jürgensen**, der auf die deutschfeindlichen Agitationen der Dänen hinweist, sowie der Abgg. **Johannsen** und **Stöcker** (b. k. Fr.) wird die Debatte geschlossen.

Der Titel „Ministergehalt" sowie das ganze Kapitel werden bewilligt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Vereidigung neu eingetretener Mitglieder; Fortsetzung der zweiten Berathung des Kultusetats.)

Schluß 3¾ Uhr.

Ausland.

Die amerikanisch-spanischen Verwicklungen.

Es sieht trübe aus mit dem Verhältniß zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien. Die Erbitterung wächst, und die amerikanische Kampfeslust ist im Steigen. Auch in berliner wohlunterrichteten Kreisen verfolgt man die Entwickelung der kubanischen Frage mit wachsender Spannung, um nicht zu sagen Besorgniß, da alle Anzeichen dafür sprechen, daß diese Angelegenheit ihrer Entscheidung zudrängt. Ob es von der spanischen Regierung klug war, gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten noch durch die „Maine"-Affaire in hohem Grade erregt ist, mit der Forderung auf Rückberufung der amerikanischen Kriegsschiffe aus den kubanischen Gewässern hervorzutreten, ist mehr als zweifelhaft; jedenfalls wird dieser Schritt für nicht geeignet angesehen, zur Beschwichtigung beizutragen. Dazu kommt nun jetzt noch hinzu, daß nach einer Depesche aus Jacksonville der Dampfer „Dauntleß" unter der Beschuldigung der Freibeuterei von den Spaniern weggenommen worden sein soll.

Jedenfalls ist Amerika auf das äußerste gefaßt. Es trifft seine Maßregeln. Das sieht man auch aus folgender Meldung:

Der Marinesekretär Long beauftragte den Kommandanten Brownson von der amerikanischen Marine, sich sofort nach England und Frankreich zu begeben, um die dort den Vereinigten Staaten angebotenen Schiffe zu besichtigen.

Inzwischen kommt aus Madrid eine beschwichtigende Note, die allerdings stark optimistisch aussieht. Danach wäre man dort nach einem Augenblicke der Unruhe nunmehr überzeugt, daß der Friede nicht gestört werden wird, und daß die Beziehungen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten „freundschaftliche" bleiben werden. In allen politischen Kreisen versichere man, daß die letzten Sensationsdepeschen vollständig entstellt gewesen seien, insofern man ihnen eine gegen die zwischen den beiden Regierungen bestehenden diplomatischen Beziehungen gerichtete Tendenz gab, Beziehungen, welche nicht einen Augenblick ihren wohlwollenden, höflichen Charakter verloren hätten. — Nach anderen Meldungen aus Madrid wächst dagegen trotz der amtlichen Ableugnungen die Spannung zwischen beiden Staaten, und die fortwährenden amerikanischen Rüstungen rufen in Spanien große Erregung hervor. Die madrider Zeitungen halten die Meldung aufrecht, daß der Minister des Aeußern Gullon die Abberufung Lee's forderte, daß Nordamerika sie jedoch zurückwies. Der „Diario" fordert entscheidende Schritte gegen die washingtoner Regierung.

Oesterreich-Ungarn.

Die neu ernannten Minister wurden Dienstag vormittag vom Kaiser vereidigt. Bei der Zusammensetzung des neuen Ministerrathes hat man ganz verschiedene „Elemente innig gesellt;" ob sie es bleiben werden, ist recht sehr die Frage. Es handelt sich eben um Experimente, wobei man nicht ohne Besorgniß darüber bleiben kann, daß schließlich sich die vereinten tschechisch-polnischen und feudal-ultramontanen Kräfte als die weitaus stärkeren erweisen und, zum mindesten auch durch die Delegation, auch nach außen hin ihre Eigenheit zu zeigen versuchen möchten. Das Gegengewicht würde dann lediglich in Budapest liegen. Die gemeldete neue Ministerliste wird mit der Aenderung bestätigt, daß zum Minister ohne Portefeuille (polnischer Landsmannminister) nicht Professor Milewski, sondern Ritter v. Jendrzejewicz ernannt worden ist. — In der letzten Sitzung des Exekutivkomitees der jungtschechischen Partei wurde festgestellt, daß die Berufung des Abg. Kaizl zum Finanzminister im neuen Kabinet ohne Vorwissen des Exekutivkomitees erfolgte. Angesichts der vollendeten Thatsache sei jedoch die Partei nicht gejonnen, Kaizl an der Annahme des Finanzportefeuilles zu hindern. Die Partei behalte sich aber dem Kabinet Thun gegenüber völlige Freiheit vor so lange, bis es dessen Programm kenne. — Bei der Beurtheilung des neuen Ministeriums wird man zu berücksichtigen haben, daß in diesem Jahre das fünfzigjährige Regierungsjubiläum des Kaisers Franz Josef gefeiert werden soll. Die nächste Aufgabe der neuen Regierung wird darin bestehen, eine Art Gottesfrieden unter den Parteien herzustellen, um eine friedliche Begehung des Kaiserjubiläums, das auf den 2. Dezember fällt, zu ermöglichen. Darum ist es wenig wahrscheinlich, daß in der nächsten Zeit geradezu gegen die Deutschen regiert oder gar ein Ansturm auf die Verfassung unternommen werden wird. Dies erklärt den Eintritt eines Vertreters des verfassungstreuen Großgrundbesitzes in das Kabinet Thun. Sehr zweifelhaft ist freilich, ob dessen Zurückhaltung das Jahr 1898 überdauern wird. Ist erst das Kaiserjubiläum vorbei, dann wird der Kampf, wofern dessen zeitweilige Einstellung überhaupt gelingt, von neuem anheben, und dann wird Graf Thun, der in innerster Seele Föderalist und Klerikaler ist, das Hohenwart'sche Experiment von 1871 in etwas veränderter Form wieder aufnehmen.

Der wiener Stadtrath lehnte den Antrag des Liberalen Matzenauer auf Veranstaltung einer Märzfeier ab. Matzenauer sagte, er habe von dem freiheitsfeindlichen Stadtrathe keinen anderen Beschluß erwartet.

Das „N. W. T." meldet, aus Anlaß des Kaiserjubiläums sollten fünf Mitglieder des Hochadels in den Fürstenstand erhoben werden, nämlich Markgraf Sandor Pallavicini, Graf Tassilo Festetics, Graf Czernin, Graf Nostiz und Graf Karolyi. Auch sei die Fürstung des neuen Ministerpräsidenten Grafen Thun in Aussicht genommen.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer verlas gestern bei der Berathung des Finanzgesetzes der Berichterstatter Kranz den Bericht, welcher die Annahme des Amendements Fleury-Ravarin betreffend den Geldmarkt empfiehlt. Viviani befürwortet seinen Gegenantrag, nach welchem eine strengere Kontrolle der Makler und der Coulissiers und erhöhte Garantien für das Publikum eingeführt werden sollen. Finanzminister Cochery giebt eine Darstellung der Garantien, welche die Regierung im Interesse des Publikums einzuführen gedenkt, und unterzieht den Gegenantrag Viviani, der die Anerkennung der Coulisse und die Beseitigung der Makler in sich schließe, einer Kritik. Der Antrag Viviani, erklärt der Minister, würde den Markt nicht französisiren und jede Garantie aufheben. Cochery tritt für den Antrag Fleury-Ravarin ein, der der Regierung gestatte, ein Reglement vorzubereiten, das in 3 oder 4 Monaten in Kraft treten solle, damit die laufenden Geschäfte abgewickelt werden können. Der Gegenantrag Viviani wird schließlich mit 337 gegen 200 Stimmen abgelehnt. Das Amendement Fleury-Ravarin wird mit 333 gegen 135 Stimmen angenommen.

Der Deputirte Maurice Lebon, ehemaliger Unterstaatssekretär der Kolonien, erklärt in einem offenen Schreiben an seine Wähler in Rouen, er werde nicht mehr kandidiren, weil er der Ansicht sei, daß eine große Partei, wie die republikanische, nicht ungestraft die Prinzipien des Rechtes und der Gerechtigkeit verletzen lassen dürfe, wie dies in der Dreyfussache geschehen sei.

Es verlautet, die Zeugen Esterhazy's seien vom zuständigen Divisionsgeneral empfangen worden, welchen sie von der Erfolglosigkeit der bei Picquart unternommenen Schritte unterrichteten. Es heißt, daß das Ehrengericht die Affäre entscheiden soll.

Die Regierung läßt durch „Havas" erklären, General Gonses Enthebung von seiner Stellung im technischen Ausschusse des großen Generalstabs sei auf sein eigenes Verlangen wegen Ueberbürdung erfolgt.

Italien.

Die Ueberführung der Leiche Cavallotti's gestaltete sich gestern in Rom zu einer imposanten Feierlichkeit. Eine ungeheure Menschenmenge hielt die Straßen, in denen die Läden geschlossen waren, besetzt. Der Zug setzte sich nach 11 Uhr nach dem Bahnhof in Bewegung. An der Spitze marschirte ein Bataillon Infanterie. Garibaldiner in rothen Blousen umgaben den Leichenwagen, der von Kränzen völlig bedeckt war. Im Zuge bemerkte man die Präsidenten der Kammern, viele Senatoren und Abgeordnete, sowie mehrere Minister und Unterstaatssekretäre. Der Trauerzug kam nach zwei Stunden am Bahnhof an, überall von einer ungeheuren Menschenmenge erwartet. Auf dem Platze vor dem Bahnhof sprachen der Vice-Präsident der Deputirtenkammer und mehrere Abgeordnete, sowie ein Student. Die nächsten Fremde des Verstorbenen hoben den Sarg in den zur Fahrt nach Mailand bereitstehenden Eisenbahnwaggon, in welchem auch sämmtliche Kränze niedergelegt wurden. Hier hielt noch der Abgeordnete Costa eine Ansprache.

Türkei.

In ihrer Antwort auf die Note des bulgarischen Agenten Markoff stellt die Pforte in Abrede, daß die Truppen in Macedonien und im Bereiche des zweiten Corps vermehrt worden seien; es sei nur eine Inspicirung der Ausrüstung des zweiten Corps vorgenommen worden. — Nachrichten aus Uesküb zufolge ist daselbst ein bulgarischer Schuhmacher vor der Wohnung des Leiters des serbischen Bisthums, Firmilianos, von drei serbischen Studenten ermordet worden. Die Mörder wurden verhaftet.

Gerichtsverhandlungen.

Halle, 8. März. Die heutige Schwurgerichtssitzung hatte sich mit der Fälschung eines Dienstbuchs zu beschäftigen, da schwere Urkundenfälschung (Fälschung einer öffentlichen Urkunde) vorliegen sollte, außerdem nebenbei auch noch Betrug. Angeklagt war die unverehelichte Tagelöhnerin Sidonie Anna Geißler aus Eilenburg. Der vorliegende Fall erschien lediglich insofern bemerkenswerth, als man in der Person der Angeklagten nur eine Verführte, eine Verleitete vor sich sah, während der eigentliche Hauptschuldige, der Anstifter und Haupthäter, der die Angeklagte als Werkzeug zu seinem Vortheil benutzt hatte, bedauerlicherweise bis jetzt noch nicht ermittelt worden ist. Die Angeklagte ist 21 Jahre alt und von ihrem 16. Jahre an einige male Dienstmädchen gewesen. Sie machte durch ihr Aeußeres und durch ihr Verhalten vor Gericht einen günstigen Eindruck, wogegen es ungünstig für sie war, daß sie schon mehrfach wegen Betrugs bestraft ist mit 1 Woche, 3 Wochen, 4 Wochen und 4 Monaten Gefängniß. Letztere Strafe hat sie bis zum 5. Dezember v. J. verbüßt, und sie war von da an in Untersuchungshaft. Die von der Angeklagten verübten Betrügereien haben auch wie in den früheren Fällen im Erschwindeln von Miethsgeld bestanden, indem sie sich unter anderen Namen als Dienstmädchen vermiethete, den üblichen „Miethsthaler" in Empfang nahm und dann ihren Dienst nicht antrat. Zur Last gelegt wurde ihr im vorliegenden Falle, im Mai 1897 in Eilenburg und Gertitz bei Delitzsch gemeinschaftlich mit dem Steiger Adolf Geißler, ihrem Onkel, ein Gesindedienstbuch, also eine öffentliche Urkunde, in rechtswidriger Absicht fälschlich angefertigt und zum Zwecke einer Täuschung davon Gebrauch gemacht zu haben und zwar, was das erschwerende Moment ist, in der Absicht, sich oder einem andern einen Vermögensvortheil zu verschaffen. In Verbindung mit diesem Verbrechen sollte von der Angeklagten ein in Gertitz verübter Betrug stehen. Sie legte ein offenes reumüthiges Geständniß ab. Durch ihren Onkel sei sie überredet worden, mit ihm aus Eilenburg wegzugehen und seiner Weisung zu folgen, wodurch sie mehr verdienen könne als bei der Arbeit im Tagelohn. Ihr Onkel habe mehrere Gesindebücher gehabt, in denen er die erste Seite mit Personalien ausfüllte, die Unterschrift eines Gemeindevorstehers und einen Stempeladdruck der Ortsbehörde mittels eines Gummistempels darunter setzte. In vorliegendem Falle war das betreffende Buch auf den Namen „Emma Schöne aus Düben" ausgefertigt mit der Angabe: geb. 15. Februar 1877. Unterzeichnet hatte der Onkel der Angeklagten mit „Busch, Gemeindevorsteher in Tieschütz," während die Angeklagte selbst die Vermerke eines fingirten Dienstantrittes, Dienstaustrittes, des Namens einer Herrschaft und des Zeugnisses ausgefertigt hatte, wobei sie als Grund des Dienstaustritts angegeben hatte „Krankheit" mit dem Hinzufügen: „sonst fleißig und ehrlich." Vom Onkel war dann noch die Beglaubigung der Ortsbehörde und ein behördlicher Stempel addruck hinzugefügt. Steiger Geißler hatte sich darauf als „Gesindevermiether Koch aus Düben" bezeichnet und wie angegeben, Anna Geißler unter falschem Namen als Dienstsuchende empfohlen. Für den dadurch beim Gutsbesitzer Keil in Gertitz gelungenen Betrug hatte der Vermittler 7 Mark verlangt und diese ebenso wie auch den für das vermiethete Dienstmädchen bestimmten „Miethsthaler" erhalten. Genau wie im vorliegenden Falle waren Geißler und seine Nichte auch früher zu Werke gegangen, ohne daß in den früheren Fällen Anklage wegen Urkundenfälschung erhoben worden war. Stets hatten Onkel und Nichte Dienstherrschaften auf Dörfern heimgesucht und dabei auch sehr häufig ihren Zweck erreicht. In Frage kam auch, ob hier nicht blos Uebertretung des § 393 St.-G.-B. anzunehmen sei, daß nämlich die Angeklagte erwähnte Legitimationspapiere nur zum Zwecke ihres besseren Fortkommens fälschlich angefertigt habe. Sie gab an, nicht gewußt zu haben, daß sie eine Urkundenfälschung beging, als sie der Anweisung ihres Onkels folgte und die Dienstbücher mit falschen Vermerken versah. Von erwähntem Gelde habe sie gar nichts bekommen; ihr Onkel habe ihr zwar versprochen, alles auf erwähnte Weise erlangte Geld mit ihr zu theilen; sie habe ihn aber noch dem letzten Falle nicht wieder getroffen. Später habe er ihrer Mutter einmal 10 Mark geschickt. Er wird noch steckbrieflich verfolgt. Durch die Zeugen Gutsbes. Keil und Frau wurden die Angaben der Angeklagten bezüglich des Betrugs bestätigt. Der Staatsanwalt meinte, von bloßer Fälschung eines Legitimationspapieres zum Zwecke des besseren Fortkommens der Angeklagten könne hier nicht die Rede sein; es liege vielmehr schwere Urkundenfälschung vor in Verbindung mit Betrug. Mildernde Umstände würden der Angeklagten jedoch zu bewilligen sein. Herr Rechtsanwalt Etze als Vertheidiger war der Ansicht, es liege allerdings Betrug vor, aber keine Urkundenfälschung, sondern blos erwähnte Uebertretung. Wenn aber doch das Verbrechen der schweren Urkundenfälschung als erwiesen angenommen werde, so würden jedenfalls mildernde Umstände bewilligt werden können mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte verleitet, angestiftet worden sei und unter dem Drucke ihres Onkels geklagen, auch ein reumüthiges Geständniß abgelegt habe. Die Geschworenen bejahten die Frage betreffs der schweren Urkundenfälschung und des Betrugs, sowie die Frage betreffs mildernder Umstände bei erwähntem Verbrechen. Beantragt wurden vom Staatsanwalt 9 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr solcher Strafe, erklärte aber 3 Monate für durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Provinzialnachrichten.

† **Magdeburg**, 8. März. [Stadtältester. R. Maz Dürre] ist gestern mittag hier gestorben.

f **Halberstadt**, 8. März. [Zum zweiten Bürgermeister] unserer Stadt wurde Bürgermeister Dr. Schirmer-Wittenberg gewählt.

be. **Seehausen i. A.**, 8. März. [Verstümmelt.] Dem Techniker Uthemann von hier wurden gestern in der Nähe unserer Bahnstation von einem Personenzuge beide Beine oberhalb des Kniegelenks abgefahren. Der Unglückliche wurde noch lebend aufgehoben; doch liegt er hoffnungslos darnieder.

X* **Eilenburg**, 8. März. [Maurer- und Tischler-Lohnbewegung.] Die Maurer verlangen hier in diesem Jahre eine Erhöhung des Lohnsatzes auf 36 Pf. für die Stunde, nachdem ihnen bereits im vorigen Jahre eine Erhöhung des bis dahin üblichen Lohnes von 30 Pf. auf 34 Pf. zugestanden wurde. Auch die Tischler suchen für sich bessere Lohnbedingungen zu erlangen und haben zu diesem Zweck in einem Rundschreiben den Meistern ihre Wünsche übermittelt. Aber auch hier erscheint eine friedliche Lösung der Streitfrage zweifelhaft, da, wie es heißt, die Meister den Wünschen der Gesellen ablehnend gegenüberstehen.

△ **Mühlhausen**, 8. März. [Vom Getriebe erfaßt.] Ein stuttgarter Monteur, der hier im Auftrage der Firma Klaes & Flentje eine Dampfmaschine aufgestellt hat, kam bei der ersten Probe dem Kammrad zu nahe und wurde in das Getriebe hineingezogen. Dem Bekiagenswerthen ist die Brust gräßlich zerfleischt; andere schwere Verletzungen hat er an Kopf und Arm erlitten; sein Zustand ist lebensgefährlich.

K. **Erfurt**, 7. März. [Fischzucht.] In den beiden Betonhäusern der Fischzucht-Anstalt des „Fischereivereins für den Regierungsbezirk Erfurt" befinden sich zur Zeit gegen 250,000 Forellen-Eier und theilweise auch schon kleine Fische. Auffallend ist es, daß die Thiercher schon jetzt den sie ernährenden Dottersack verloren haben, was jedenfalls auf die anhaltend günstige Witterung zurückzuführen ist. — Um die Fischerei für den Verein noch weiter auszudehnen, hat heute der Vorstand das der gothaischen Gemeinde Bischleben gehörende Fischwasser der Gera auf längere Zeit gepachtet.

Jk. **Schmalkalden**, 8. März. [Bei den Stadtverordnetenwahlen] siegten die Freisinnigen auf der ganzen Linie. Nicht ein einziges Mandat fiel den Gegnern zu.

□ **Meiningen**, 8. März. [Silberne Hochzeit des Herzoglichen Paares.] Herzog Georg feiert bekanntlich am 18. d. sein 25. Ehejubiläum mit seiner Gemahlin Freifrau von Heldburg. Aus Anlaß dieser Feier, an der das ganze Herzogthum in allen seinen Bevölkerungsschichten Antheil nimmt, wird dem Jubelpaar von seiten der Bürger der Stadt Meiningen ein kostbares Geschenk, ein prächtiger, silberner Tafelaufsatz, überreicht werden. Eine unter den wohlhabenderen Bürgern hiesiger Stadt veranstaltete Sammlung ergab für diesen Zweck über 4000 M. — Gestern abend fand im herzogl. Schlosse bereits eine Festlichkeit als Vorfeier zum Jubiläum statt. Vor einem geladenen Publikum wurden aus der dem Hofe nahestehenden Gesellschaft eine Anzahl lebender Bilder gestellt, darunter solche, die Gemälde des Herzogs selbst zum Vorbild hatten. Bekanntlich hat Herzog Georg in jüngeren Jahren der Malerei mit hübschem Erfolg gehuldigt.

Vermischtes.

Im Hörsaale wahnsinnig geworden ist ein Schüler der Maschinenbau-Abtheilung der Technischen Hochschule in Charlottenburg, der aus Warschau gebürtige Techniker G. Während einer Vorlesung Prof. Kammerer's erhob sich der Unglückliche von seinem Platze und rief in polnischer Sprache: „Starrt mich nicht so an, seht ihr nicht, daß ich verrückt geworden bin! Der Hunger hat mir den Verstand geraubt!" Entsetzt blickten die Zeugen des peinlichen Vorganges auf den Irren. Kollegen führten G. aus dem Hörsaal, bemühten sich aber vergeblich, ihn zu beruhigen. Einige Stunden später erschien er im Modellirsaal, wo er mehrere Landsleute antraf. Er erging sich in verworrenen beleidigenden Redensarten und erklärte, die polnischen Kollegen seien an seinem Unglück schuld, sie hätten ihn verhungern lassen, ohne ihm zu helfen. Man brachte G. in ein Krankenhaus, wo die Aerzte eine akute Geistesstörung infolge dauernder physischer Entbehrungen konstatirten, jedoch die Hoffnung auf eine Wiedergenesung nicht ausschlossen.

Eisenbahnunfall. Amtlich wird aus Kempen (Posen), 8. März, gemeldet: Heute früh 9½ Uhr überfuhr ein von Jarotschin kommender Güterzug das Haltesignal und fuhr auf einen in Bewegung befindlichen Rangirzug. Der Zugführer ist schwer, ein Bremser leicht verletzt. Beide Lokomotiven und 15 Wagen sind zum Theil stark beschädigt. Der Verkehr wurde nach 2 Stunden regelrecht wieder aufgenommen.

Kronprinzessin Stefanie. Das Befinden der österreichischen Kronprinzessin-Wittwe Stefanie ist andauernd gut; die Kronprinzessin hat gestern nacht gut geschlafen.

Unwetter in Italien. Seit Sonntag wüthet in Oberitalien ein Sturm, der u. a. in Verona beträchtlichen Schaden an Häusern, Fabriken und am Tramwaybahnhofe anrichtete. — Telegramme aus Cagliari (Sardinien) melden, daß die Flüss

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980309016/fragment/page=0003

infolge anhaltenden Regens ausgetreten sind. Die Eisenbahnverbindung zwischen Cagliari und Oristano ist unterbrochen.

Unglücksfälle und Verbrechen. In einem Gasthof an der Berliner Stadtbahn ersichen am Montag abend ein Ehepaar, das ein möglichst billiges Zimmer verlangte. In das Fremdenbuch schrieb sich der Herr als Kaufmann Rudolf Scheel, geboren am 6. Nov. 1862 zu Hamburg, mit Frau, ein. Gestern morgen bemerkte man einen starken Gasgeruch, der aus dem verschlossenen Zimmer kam; nachdem dieses gewaltsam geöffnet, fand man das Ehepaar entkleidet und todt in den Betten auf. Im Papieren hatte der Mann einen Paß auf den Kaufmann Scheel lautend und eine Vorladung zu einem gestern in Moabit anstehenden Termin bei sich. Ob Scheel's Begleiterin seine Ehefrau war, ließ sich nicht feststellen. Nach der Ansicht der Aerzte ist das Paar nicht an Gasvergiftung gestorben. Es hatte zwar den Hahn am Gasofen etwas geöffnet, die Ausströmung war aber nicht sehr stark gewesen; denn der Pförtner nahm zwar den Geruch wahr, doch erfolgte keine Entzündung, als er mit brennendem Licht das Zimmer betrat. Die Aerzte nehmen an, daß die Leute ein anderes Gift genommen haben, von dem allerdings nichts mehr gefunden wurde. Den Gashahn haben sie vielleicht nur geöffnet, um den Anschein zu erwecken, daß sie durch eine Nachlässigkeit des Hauspersonals verunglückt seien. Die Frau scheint etwa 30 bis 32 Jahre alt gewesen zu sein und war gut gekleidet; sie hatte in ihrer Börse nur 62 Pf., während der Mann mehr Geld besaß. — Auf der der Vereinigungs-Gesellschaft gehörenden Teutgrube bei Aachen trat Wasserdurchbruch ein. Die Belegschaft blieb unversehrt, der Betrieb wird vermuthlich bald wieder hergestellt sein. — In Mysłowitz wurde wegen Unterschlagung eines Geldbriefes mit 4000 M. der Postschaffbote Preuß verhaftet. — Gestern nacht wurden, laut einer Meldung aus Konstantinopel, hier armenische Kaufleute auf der Straße von Rodosto nach Muratli von vier Räubern überfallen und ihrer Baarschaft von 18,000 Franken beraubt. — Nach einer bei Lloyds eingegangenen Meldung aus Makassar ist der holländische Dampfer „Gouverneur-General" bei Saleijer (bei Celebes) gänzlich verloren gegangen. Sämmtliche Passagiere sowie die ganze Mannschaft wurde gerettet und in Makassar ans Land gebracht.

Personalnachricht. Der Senator Dr. Hermann Grüning, das älteste Mitglied der bremer Senatsregierung, ist, 75 Jahre alt, gestorben.

Letzte Telegramme.

Rom, 8. März. Die sozialistische Gruppe brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf gegen das Duell ein.

Genua, 8. März. Die deutschen Studenten reisten nach Besichtigung der Stadt auf dem Dampfer „Etna" nach Neapel ab.

Amsterdam, 8. März. Der Gesetzentwurf über die Trockenlegung der Zuidersee nach dem Plane des Ministers Lely, wonach ein Abschlußdeich von Piaam in Friesland nach Enkhuizen in Nord-Holland gebaut werden soll, wird der Kammer bei Beginn der nächsten Session vorgelegt werden.

Washington, 9. März. Das Repräsentantenhaus hat gestern abend einstimmig den Antrag angenommen, dem Präsidenten zu Zwecken der nationalen Vertheidigung den verlangten Kredit in Höhe von 50,183,000 Dollars zur Verfügung zu stellen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Hailesche Maschinenfabrik und Eisengiesserei. Der Aufsichtsrath beschloss in seiner gestern abend abgehaltenen Sitzung, der am 26. April stattfindenden Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 35 Proz. für 1897 (im Vorj. 40 Proz.) vorzuschlagen.

— Kupfer. Eisleben, 7. März. Mansfelder MR. A Kupfer 109 M. bis 112 M. per 100 kg ab Bahnstation Hettstedt netto Kasse für Lieferung in den Monaten März bis Mai.

— Dividenden. Allgemeine Gas-Aktien-Gesellschaft zu Magdeburg 6 Proz.

— Silber. London, 7. März. $25^3/_{16}$.

— New York, 5. März. Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 10,036,713 Dollars gegen 9,388,124 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 3,594,225 Dollars gegen 2,940,365 Dollars in der Vorwoche.

Rio de Janeiro, 7. März. Wechsel auf London $6^1/_2$.

Buenos-Ayres, 7. März. Goldagio 169,80.

Zahlungs-Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Erste Term.	Amm.-Frist	1. Gl.-Vers.	Prüf.-Term.
H. Silbermann, Kfm.	Breslau	Breslau	4.3.	5.5.	1.4.	21.6.
Max Hirsch, Kfm.	Dirschau	Dirschau	4.3.	22.4.	18.3.	6.5.
St. Burian, Kfm.	Gnesen	Gnesen	3.3.	31.3.	29.3.	14.4.
M. Stadler, Kfm.	Weiden	Weiden	3.3.	26.4.	2.4.	21.5.
E. Sparing, Kfm., Inh. d. Fa. Schwager & Sohn Nachf.	Zeitz	Zeitz	2.3.	1.4.	2.4.	21.4.
Emil Ay, Lederhdlr.	Berlin	Berlin	3.3.	22.4.	23.3.	13.5.
Karl Lutz, Kfm.	Freiburg	Freiburg i. B.	2.3.	27.3.	5.4.	5.4.
Ed. Wolf, Kfm.	Halle S.	Halle S.	2.3.	21.4.	2.4.	15.5.
Central-Molkerei Hasselfelde (Inh. Tippe & Löddecke)	Hasselfelde	Hasselfelde	28.2.	28.3.	24.3.	5.4.
Max Schacher, Kfm.	Weisswasser	Muskau	3.3.	20.3.	23.3.	28.3.
Aug. Schneider, Kfm.	Osnabrück	Osnabrück	25.2.	25.3.	26.3.	9.4.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

New York, 8. März. [Telegr.] Rother Winterweizen 107¼, Weizen März 106⅞, April —, Mai 100⅞, Juli 92¼, Mais März —, Mai 35, Juli 36. Mehl 4,00. — Getreidefracht 3¼.

Chicago, 8. März. [Telegr.] Weizen März 102¼, Mai 104⅞, Mais März 28¼.

Neuss, 5. März. (Wochenbericht von Jonas Hoffmann.) Während dieser Woche stellten sich Weizen, Roggen, Hafer, Gerste und Mais höher. Obzwar Weizenmehl im Preis gedrückt und wie zuletzt unter Herstellungspreis käuflich bleibt, haben auch keine nennenswerthen Vorräthe bestehen, verhalten sich die Käufer den Anerbietungen gegenüber, sehr zurückhaltend. Weizen-Kleie ist gut preishaltend. Tagespreise: Weizen 198—210, Roggen bis 146, Hafer bis 144 M. die 1000 kg. Weizenmehl Nr. 000 ohne Sack bis 27,00 M. die 100 kg. Weizenkleie ohne Sack bis 4,30 M. die 50 kg.

* Leipzig, 8. März. Weizen per 1000 kg netto, inländischer 186 bis 193 M. bez. u. Br., do. neuer —,— M. bez. u. Br., do. ausländischer 207—216 M. Br. Fest. Roggen per 1000 kg netto, inländischer 136 bis 146 M. bez. u. Br., do. neuer —,— M. bez. u. Br., do. ausländischer 155—161 M. bez. u. Br. Ruhig. Gerste per 1000 kg netto, Braugerste 168—186 M. bez. u. Br., Mahl- und Futtergerste 124—130 M. bez. u. Br. Hafer per 1000 kg netto, inländischer neuer 150—160 M. bez. u. Br. do. ausländischer 155—159 M. bez. u. Br. Behauptet.

* Hamburg, 8. März. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 182—193, Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 140—150, russischer loco ruhig, 112. Hafer unverändert, Gerste fest.

* Wien, 8. März. Weizen per Frühjahr 11,87 Gd., 11,89 Br., Roggen per Frühjahr 8,80 Gd., 8,82 Br. Hafer per Frühjahr 6,89 Gd., 6,91 Br.

* Pest, 8. März. Weizen loco behauptet, per Dec. — Gd., — Br., per Frühjahr 12,00 Gd., 12,01 Br. Roggen per Frühjahr 8,53 Gd., 8,54 Br. Hafer per Frühjahr 6,53 Gd., 6,54 Br.

Zucker.

* Paris, 8. März. (Schluss.) Rohzucker behauptet, 88% loco $29^1/_4$—$29^3/_4$, Weisser Zucker behauptet, Nr. 3, per 100 kg, per März $32^1/_4$, per April $32^1/_2$, per Mai-Aug. 33, per Okt.-Jan. $30^1/_2$.

* London, 8. März. 96% Javazucker 11 ruhig, Rüben-Rohzucker loco $9^5/_{16}$ Käufer.

Kaffee.

* Hamburg, 8. März. Kaffee ruhig, Umsatz 4500 Sack.

* Hamburg, 8. März. (Vormittagsbericht.) Good average Santos, per März $29^1/_2$ Gd., per Mai $29^3/_4$ Gd., per Sept. $30^1/_2$ Gd., per Dez. 31 Gd.

* Hamburg, 8. März. (Nachmittagsbericht.) [Bericht der hamburger Firma Joswich u. Comp.] Kaffee good average Santos, per März $29^1/_4$, per Mai $29^3/_4$, per Sept. $30^1/_2$ Gd., per Dez. 31 Gd.

* Hamburg, 8. März, abends 6 Uhr. (Bericht der hamburger Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos, per März $29^1/_4$ Gd., per Mai $29^3/_4$ Gd., per Sept. $30^1/_2$ Gd., per Dez. 31 Gd.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 8. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 5,35, do. Rohe und Brothers 5,80.

* Leipzig, 8. März. Raps per 1000 kg netto —,— M. Rapskuchen per 100 kg netto —,— M. Br. Rüböl per 100 kg netto ohne Fass flüssiges 51 M. Br., gefrorenes — Br. Williger.

* Hamburg, 8. März. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 53,00 Br.

* Bremen, 8. März. Schmalz ruhig. Wilcox 29 Pf., Armour shield 29 Pf., Cudahy $29^3/_4$ Pf., Choice Grocery $29^1/_2$ Pf., White label 30 Pf., Speck ruhig. Short clear middling loco 29 Pf.

* Köln, 8. März. Rüböl loco 55,00 M.

* Paris, 8. März. (Schlussbericht.) Rüböl behauptet, per März $52^3/_4$, per April 53, per Mai-Aug. $54^1/_2$, per Sept.-Dez. $54^1/_2$.

* Antwerpen, 8. März. Schmalz per März 65.

Petroleum.

* Hamburg, 8. März. Petroleum ruhig, Standard white loco 5,30 Br.

* Bremen, 8. März. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 5,40 Br.

* Antwerpen, 8. März. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco $15^1/_8$ bez. u. Br., per März $15^1/_8$ Br., per April-Mai $15^1/_8$ Br. Ruhig.

* New York, 8. März. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 5,85, do. in Philadelphia 5,50, do. Refined (in Cases) 6,50, do. Credit Balances at Oil City April 80,60.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null).

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	7. März	+ 1,08	8. März	+ 1,04	4	—
Weissenfels, Operpegel	»	+ 2,64	»	+ 2,62	2	—
do. Unterpegel	»	+ 1,14	»	+ 1,08	6	—
Trotha	8. »	—	9. »	—	—	—
Alsleben, Oberpegel .	7. »	+ 2,65	8. »	+ 2,64	1	—
do. Unterpegel .	»	+ 2,68	»	+ 2,67	1	—
Bernburg	»	+ 2,25	»	+ 2,25	—	—
Kalbe, Oberpegel . . .	»	+ 1,92	»	+ 1,90	2	—
do. Unterpegel . . .	»	+ 1,96	»	+ 1,96	—	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.	März	Fall	Wuchs		März	Fall	Wuchs
Budweis . . .	7. + 0,04	4	—	Torgau	8. + 2,12	14	—
Prag	» + 0,60	—	2	Wittenberg . .	» + 2,80	11	—
Jungbunzlau .	» + 0,32	—	4	Rosslau . . .	» + 2,46	11	—
Laun	» + 0,41	2	—	Barby	» + 2,99	9	—
Pardubitz . .	» + 0,80	1	—	Magdeburg . .	» + 2,57	7	—
Brandeis . . .	» + 1,50	8	—	Tangermünde .	» + 3,43	5	—
Melnik . . .	» + 0,76	10	—	Wittenberge .	» + 3,13	—	1
Leitmeritz . .	» + 0,60	10	—	Dömitz Pegl. .	7. + 2,60	—	3
Aussig . . .	8. + 1,07	1	—	Lauenburg . .	7. + 2,65	—	2
Dresden . . .	» — 0,19	5	—				

Aussig. Von den oberen Plätzen werden 1,23 m Wuchs gemeldet.

Schiffsverkehr und Frachten.

Aussig, 8. März. Heutige Fahrtiefe 65 Zoll österr. Mass.

Schleppschifffahrt auf der Elbe.

Aken, 8. März. Kahn 12, Strm. Todte, von Herrn Oscar Eger Hamburg expedirt, ist heute hier eingetroffen.

Berliner Börse

vom 8. März.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 3, Lomb. 4.
Amsterdam 3. Brüssel 3.
Petersburg $5^1/_2$. Wien 4.
London 3. Paris 2.

Deutsche Fonds-u. Staatspap.		
Barmer Stadtanleihe	$3^1/_2$	—
Berliner Stadt-Obl.	$3^1/_2$	102,000
do. do. 1892	$3^1/_2$	101,40bG
Magdeburger St.-Anl.	$3^1/_2$	—
do. do. neue	4	—
Westpr. Prov.-Anl.	$3^1/_2$	100,75B
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	102,00G
Bayrische Anleihe	4	—
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	109,00bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	$3^1/_2$	138,10G
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	133,75G
Meininger 7 fl.-Loose	—	21,90bz
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	133,80G

Ausländische Fonds.		
Argent. Gold-Anl. 5%	—	79,25bz
do. innere do. $4^1/_2$%	—	68,30bz
Barletta 100 Lire-Loose	—	26,60G
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	100,50bzG
do. do. 1888	5	100,50bzG
Chilen. Gold-Anl. 1889	$4^1/_2$	85,75B
Chinesische Anleihe	5	103,70bzG
do. do. 1896	5	99,90bzB
Egyptische priv. Anl.	$3^1/_2$	—
do. do. do.	4	—
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	25,90B
Griech. Anl. 1881	—	29,00bzG
do. kons. Goldrente	—	32,20bzG
do. Monopol-Anl.	—	42,00bzG
do. Gd.-Anl. v. 1890	5	36,50bzG
Mailländ. 10 Lire-Loose	—	15,00bz
Mexikaner Anl. 6 Proz.	—	99,50B
do. à 20	6	100,20bz
Norweg. Staats-Anl. 88	3	—
Oesterr. 1860er Loose	5	148 90bzB
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	101,60bz
Russ. Gold-R. 1884, 87	5	—
do. Orient-Anl. II.	4	—
do. do. III.	4	—
do. Nicolai-Obligl.	4	—
do. Boden-Kredit	5	124 00bzG
do. do. gar.	$4^1/_2$	102,40bz
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	288,40bzB
do. do. 1866	5	265,00bz
Schwed. St.-Anl. 1886	$3^1/_2$	100,70bz
do. do. 1890	$3^1/_2$	—
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	102,80G
Türkische Anleihe D.	1	22,95bz
do. Administ.	5	96,75bz
do. 400 Frcs-Loose	—	114,90bz
Ungarische Gold I.-A.	$4^1/_2$	102,00bzG
do. Kr.-R.	4	—

Industrie-Aktien.		
A.-G. f. Anilinfabr.	$12^1/_2$	253,00bzG
Admiralsgarten-Bad	4	74,10bz
Annaburger Steingut	14	181,00bzG
Archimedes	10	172,75bzB
Bauges. Berl.-Charlbg.	7	645,00bzG
do. B.-Wilmersd. T.-G	26	1005,00
Braunschweiger Jute	15	186,50bzG
Berl.-Anh. Maschinen	12	216,50bzG
Berliner Bockbrauerei	10	185,80bzG
do. Brauerei Königst.	$7^1/_2$	134,40bz
do. Union Gratweil	7	135,25G
Brsl. Eisenb.W., Linke	14	243,25bz
Breslauer Oelwerke	$5^1/_2$	96,60bzG
Cement-Bau-Ges.	12	—
Charlotth. Wasserwerk	9	325,50bzG
Chem. Fabr. Schering	11	196 00bz
Chemn. Masch. Zimm.	9	177,60bzG
Dessauer Gas	11	215,50bzG
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	89	656,00bzG
Dtsche Jutespinnerei	12	148,10G
Egestorff-Salzwerke	$8^1/_2$	140,50bzB
Elberfeld. Farbenfabr.	18	344 80G
Erdmannsdorf. Spinn.	4	85,25bzG
Freund Masch. konv.	16	260,25G
Hasenjäger Wien Gummi	29	—
Harkort St.-Pr. konv.	5	153,25G
do. Brückenb. konv.	7	133,75G
do. do. St.-Pr.	8	156,00bzG
Hirschberger Masch.	8	135,50bzG
Keyling & Th. Eiseng	5	125,50bzG
Kattowitzer Bergb. Ges.	—	820,00bz
La Veloce, Ital. D.	$7^1/_2$	79,50bzG
Ludw. Löwe & Co.	24	459,50bzG
Mälzerei Wrede	7	111,00bzG
Magdeburger Baubank	7	71,10bzG
Magdeb. Pferdebahn	7	270,00G
Neuroder Kunstanstalt	$7^1/_2$	127,40bzG
Nordd. Eiswerke	$4^1/_2$	106,00bzG
Omnibus-Gesellschaft	10	210,50G
Oppeln Portl.-Cem.	11	196,75B
Passage-Kaulbach	4	85,25G
Pferdebahn, Breslauer	$9^1/_2$	309,00bzG
Saline Salzungen	5	91,00B
Sangerhäuser Masch.	$22^1/_2$	316,25B
Schäffer u. Walcker	0	82,25bz
Schlesische Cement	$14^1/_2$	216,50bzG
Schwartzkopff	$10^1/_2$	267,50bzG
Siemens, Glas-Industr.	$12^1/_2$	225,50bzG
Stettiner Cham. Didier	17	415,25bzG
Sudenburg. Maschin.	5	136,75bzB
Thüringer Salinen	4	71,90bz
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	16	230,00bzG
Vereinsbrauerei Artern	$4^1/_2$	100,25G
Westf. Drahtindustrie	10	141,70bz
do. Union konv.	16	181,25bzG
do. 6% St.-Pr.	7	—
Wittener Guss	10	173,50bzG
Wilhelmshütte	$2^1/_2$	64,30G
Zuckerfabr. Frankstadt	$4^1/_2$	99,90bz

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig		
Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	—
do. v. 1890	$3^1/_2$	—
Ostpreuss. Südbahn	4	—

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.		
Breslau-Warschau	4	95,00bzG
Dortmund-Gronau . E.	4	182 10bzG
Marienb.-Mlawkaw	5	121,00bz
Ostpreuss. Südbahn	5	117,50bz

Eisenb.-Prior.-Obligationen.		
Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	59,10bzG
do. Mittelmeerb. sfr.	4	98,75bzG
Lemberg-Czernowitz	4	100,90G
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	94,20G
do. Ergänzungsn.	3	94,90G
do. Gold-Pr.	4	104,30G
Oesterr. Lokalbahn	4	—
do. Nordwestbahn	5	111,90G
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	79,40G
do. Obligationen	5	108,30bzG
Ung. Nordostb. Gold-O.	$4^1/_2$	102,00bzB
do. Eisenb.-Silb.-A.	$4^1/_2$	101,20bz
Iwangorod-Dombr. gar.	$4^1/_2$	104,75B
Kosl.-Woronesch Obl.	4	102,25bzB
K.-Chark.-Az., Obl., 89	4	102,30bzB
Kursk-Kiew	4	102,40bz
Mosco-Kiew-Woron	4	102,50bzG
Mosco-Kursk	4	—
Mosco-Rjäsan	4	102,80bz
Mosco-Smolensk	5	—
Orel-Grüsi 1886	4	—
Rjäsan-Koslow	4	102,60bz
Rjaschk-Morczansk	5	—
Rybinsk-Bologoye	4	102,60B
Russ. Südwestbahn	4	103,80B
Transkaukasische	3	—
Warschau-Wiener 10er	4	—
do. IX. Ser.	4	102,60bzG
Wladikawkas Oblig.	4	103,80G
do. unkdb. b. 1906	4	102,60B
Manitoba rz. 1933	$4^1/_2$	104,80bzG
Northern-Pac. I. b. 1921	6	116,00bz
do. Pref.	4	99,60G
do. Gen. Lien.	3	60,10bzG
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	115,100
do. do. do.	5	100,25bzG
Central-Pacific	5	85,90bz

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.		
Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	100,70G
D. Gr.-K.-B. I V. rz. 110	$3^1/_2$	103,40G
do. V. rz. 100	$3^1/_2$	9-,80G
do. VI. unkb. b. 1900	4	100,75G
do. VII. unkb. b. 1903	4	102,50G
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	100,20bzG
do. do. V./VI.	4	103,20bzG
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr	4	100,90G
Hamb. Typ. rrb. à 100	4	—
do. unkdb. bis 1900.	4	100,75bzG
do. alte Ser. 1-45	$3^1/_2$	98,00bzG
do. S. 46-105, uk. 1905	$3^1/_2$	99,75bz
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	$3^1/_2$	101,75G
do. do. II.	$3^1/_2$	100,50G
Meininger. Hyp.-Pfdb.	4	—
do. ab 1. 1. 98. $3^1/_2$%	4	98,00B
do. II. unkdb. bis 1900	4	100,80bzG
do.	$3^1/_2$	99,80bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	135,60B
Nordd. Gr.-Cred.-Pfdb.	4	100,20bz
do. IV. X. ukb. b. 1903	4	101,40bzG
Ostpreussische	$3^1/_2$	100,60G
Pom. II. V./VI. 1900 uk.	4	100,50bzG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	100,25bzG
Posensche	4	—
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,50G
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	108,50G
do. XIII. rz. 100	4	101,25G
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	100,90bzG
do. do. 1903	$3^1/_2$	99,10G
do. do. 1906	$3^1/_2$	99,80bzG
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII	4	100,20bzG
do. do. XV-XVIII.	4	101,00bzG
Pr. Hp.-V.-A.-G. 1905	4	102 00G
do. do. Cert.	$3^1/_2$	98,30G
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	$3^1/_2$	100,00bzG
do. XVIII ukdb. 1908	$3^1/_2$	100,00bzG
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	$3^1/_2$	99,25G
do. Comm.-Obl. b. 1907	$3^1/_2$	100,75bzG
Sächsische	4	105,75G
do.	$3^1/_2$	100,70G
Westpr. ritt. I. I. B.	$3^1/_2$	101,25G
Pommersche	4	104,00G
Posensche	4	104,00G
Preussische	4	104,25G
Sächsische	4	104,00G
Schlesische	4	101,00B

Bergwerks- u. Hütten-Ges.		
Aplerbeck	$2^1/_2$	123,50G
Arenberger Bergwerk	50	759,00bzG
Baroper Walzwerk	0	69,25bzG
Berzelius	6	123,00bzB
Bismarckhütte	15	204,50bzG
Bonifacius Bergwerk	$5^1/_2$	115,00bz
Concordia-Bergwerk	13	248,50bz
Consolidat. Bergw.-G.	15	260,75bz
Consol. Marie	8	113,75bzG
Duxer Kohlen kon.	10	156,50bz
Eschweiler Bergwerk	14	207,25bzG
Gelsenkirch. Gusstahl	8	168,00bzG
Georg-Marien-St.-A.	8	124,00bzG
do. St.-Pr.	8	130,00bzG

Harzer Eisenw. konv.	0	57,00B
do. do. St.-Pr.	3	109,00bzB
Inowrazl., Steinsalzb.	$3^1/_2$	74,90bzB
Kattowitzer	10	180,25bzG
Königin-Marienhütte	5	86,50bz
König Wilhelm konv.	15	221,00bz
do. do. St.-Pr.	20	273,00B
Leopoldsgr. Edderitz	$5^1/_2$	104,80bzG
Luise Tiefbau konv.	0	70,00bz
do. do. St.-Pr.	4	103,50G
Magdeburg.-Bergwerk	$28^1/_2$	410,25G
Marienhütte Kotzenau	$4^1/_2$	88,75bzG
Menden & Schwerte kv.	0	—
do. St.-Pr.	$5^1/_2$	96,60bzG
Rheinische Stahl Lit. C.	15	205,25bz
Schlesisch. Zinkhütten	11	222,50bzG
Stadtberger Hütte	$6^1/_2$	123,25G
Wurm-Revier	$6^1/_2$	126,10B

Oblig. v. Industr. u. Bergw.-Ges.		
Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	102,50bzG
Aschersleb. Kalkwerke	5	—
Bochumer Gusstahl	4	—
Dessauer Gas	$4^1/_2$	107,75G
Dortmunder Union	5	111,75G
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	$3^1/_2$	100,50G
Hamb.-Packetfahrt	4	—
Laurahütte	$3^1/_2$	97,60bzB
Naphta-Obligationen	$4^1/_2$	101,20bzG
Norddeutscher Lloyd	4	—
Oberschl. Eisen-Ind.	4	101,40B
v. Tiele-Winkler	4	—
Zoologischer Garten	5	102,50bzB

Bank-Aktien.		
Bank d. Berl. Kassenv.	$6^2/_3$	138,00bzG
Berg-Märk. B. i. Elbf.	$7^1/_2$	163,10bzB
Börsen-Handelsverein	$5^1/_2$	107,40bzG
Cob.-Gotha. Kredit-Ges.	3	98,75bzB
Cöln W. u. Komm.	$5^1/_2$	107,50bzB
Danziger Privatbank	$7^1/_2$	140,50bz
Dessauer Landesbank	7	146,00bz
Deutsche Grundschuld	7	129,30G
do. Effekt. A. (Hahn)	7	126,50G
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6	121,00bzG
Dresdener Bankverein	7	125,50bzG
Essener Kredit	$7^1/_2$	145,00bzG
Gothaer Privatbank	$6^1/_2$	134,60G
do. Grundkreditb.	4	130,20B
do. do. junge	4	113,30bzG
Hamburg. Hypoth.-B.	8	159,50G
Königsberg. Vereinsb.	$5^1/_2$	114,25G
Leipziger Bank	10	200,00bzG
Lübecker Kommerzb.	$7^1/_2$	—
Magdeburger Privatb.	5	111,00G
Nordd. Grund-Kredit.	$4^1/_2$	100,50bzB
Pr. Hyp.-B. (Spielb.)	$6^1/_2$	133,75B
Preuss. Pfandbr.-Bk.	$6^1/_2$	124,40B
Realkredit-Bank	—	47,90B

Leipziger Börse, 8. März.

Zt.	M.		Zt.	M.	
3 Sächs. Rent.-Anl.	5000 4000 3000	95,750	4 Mansf. Gew. 1832		102,00B
3 do.	1000	95,75G	$4^1/_2$ do. 1879		101,90B
3 do.	500	95,95G	4 do. Em. 1875		101,90B
	Thlr.		4 Lpz. Stadtanl. 1884		100,80B
$3^1/_2$ Staatsanl. 1855.	100	96,50G	$4^1/_2$ do. 1876		100,80G
$3^1/_2$ do. 67 kv. $4^0/_0$	500	101,00G	$3^1/_2$ Altb. Landoblig.	1000	102,30G
$3^1/_2$ Landrentenbrf.	500	99,00G	$3^1/_2$ do. do.	500	102,30G

Div. Eisenb.-Stamm-Akt.		
15	Aussig-Tepl. 500 fl.	328,75G
8	Böhm. Nordbahn	175,00G
8	Buschtiehrad. Lit. A.	302,50G
12	do. do. B	286,50B
110 fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	107,30G
$6^1/_2$	Graz-Köflach.	144,50G
$3^1/_2$	Marienburg-Mlawka	85,00G

Div. Eisenb.-St.-P.-Akt.		
5	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —
5	do. do. B.	— —
5	Marienburg-Mlawka	— —

Div. Bank- u. Kredit-Akt.		
11	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	209,25bzG
8	Dresdener Bank	165,80bz
$6^1/_2$	Gothaer Privatbank	133,50G
10	Leipziger Bank	199,75bzG
8	do. Hypothek.-B.	152,25G
$3^1/_2$	Sächs. Bank	129,25G
6	Zwickauer	116,00B

Div. Industrie-Papiere.		
9	Chemn. Werks. (Zim.)	178,50B
24	Crölliw. Papierfabr.	295,00G
—	$4^0/_0$ do. Schildvschr.	101,30G
3	Dörstewitz-Raitm.	75,00B
3	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	130,75G
22	Gerser Jutesp. u. W.	254,00G
9	Germania (Schwalbe)	162,75B
$19^1/_2$	Gersd. Stkb.-V., St.-A.	400,00B
54	do. do. Pr.-A. I	885,00G
$49^1/_2$	do. do. do. II	795,00G
$1^1/_2$	Hallesche Str.-B.	112,50G
1	Kette Elbsch.-G.-Akt.	74,50G
4	Körbisd. Zuckerfb.	118,00B

Div.		
5	Leipz. Baubank	104,00B
—	do. Elektr.-Werke	131,50G
4	do. elektr. Strassb.	154,75B
6	do. Gr. elektr. Strassb.	233,50G
10	do. Bierbr. Reudn., v. Riebeck & Co.	208,50B
$13^1/_2$	Lpz. Kammgarnsp.	181,00B
11	do. Malzf. Schkeud.	177,00B
10	do. Wollkämmerei	122,00bzG
55 M.	Mansfelder Kuxe	1025,00
$7^1/_2$	Sächs. Kamm.	87,00B
10	Sächs. M.-F. (Hartm.)	191,25G
15	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schebler)	217,50B
12	Thür. Gasges. Spz.	226,00B
12	do. Stamm-Pr.	230,00B
$7^1/_2$	S.-Thür. Br.-V. St.	148,00B
$7^1/_2$	do. St.-Prior.	139,00B
6	Zeitzer Pat. u. S.	116,75B
—	do. do. Oblig.	106,00B
7	Zuckerfabr. Glauzig	118,00B
$5^1/_2$	Zuckerraff. Halle	117,50B

| % | Ausl. Eisenb.-Pr.-Akt. | |